

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 2, Juni 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Preissteigerung April 2007 – April 2008

Molkereiprodukte und Eier	+16 Prozent
Heizöl	+27 Prozent
Diesel	+30 Prozent
Normalbenzin	+20 Prozent
Super	+17 Prozent
Teigwaren	+40 Prozent
Speisefette – und öle	+15 Prozent

Und zum Vergleich:

Die durchschnittliche Lohnerhöhung im letzten Jahr betrug 3%

Davon sind alle Österreicher und Österreicherinnen betroffen - aber nicht alle gleich. Politiker und andere Großverdiener werden von den Teuerungen wahrscheinlich nichts merken, höchsten wenn sie ihre Luxuslimousinen volltanken. Mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen kommen sie vielleicht gar nicht persönlich in Kontakt, haben sie doch oft ihre Haushälterinnen, die für sie den Einkauf erledigen. Was müssen sich aber diese wohl denken, wenn sie dann von ihrem vergleichsweise geringen Einkommen für sich und ihre Familien einkaufen? Denn ihnen geht es wie allen Mittel- und Kleinverdienern. Sie kommen nur mehr mühsam mit ihren Löhnen und Gehältern über die Runden. Dabei helfen auch nicht zynische Beteuerungen eines Minister Bartenstein, wenn er in einer TV-Sendung darauf beschwichtigend hinweist, dass Österreich in den Teuerungsraten im europäischen Mittelfeld liegt. Denn wir liegen auch mit einem anderen Phänomen, das ganz Europa betrifft, im Trend: stagnierende oder gar gesunkene Reallöhne und Pensionen, Abbau von Sozialleistungen, mehr Arbeitslose, zunehmende Verarmung. „Working poor“ wurde noch vor wenigen Jahren mit den

USA in Verbindung gebracht. Heute finden wir ohne lang zu suchen auch in Österreich Menschen, die mehrere Jobs machen müssen, um die notwendigsten Lebenshaltungskosten abdecken zu können. Und wieder einmal sind die Frauen davon am stärksten betroffen. Alleinerziehende Mütter sind bei uns in höchstem Maße von Armut bedroht. Auf der anderen Seite dieser Medaille finden wir wachsenden Reichtum und gigantische Profite der großen Konzerne. Das WIFO kommt durch eine Studie zum Schluss: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Vor allem an den "Rändern" zeige sich die zunehmend ungleiche Verteilung der Einkommen. Die Bezüge stiegen in den obersten Einkommensgruppen kräftig: Die obersten 20 % bezogen laut Lohnsteuerstatistik im Jahr 2003 46,1 % der gesamten unselbstständigen Einkommen. Dagegen fielen die unteren Einkommensgruppen zurück - die ärmsten 20 % erreichten 2003 nur noch 2,3 % der Einkommen. Neben den Höchsteinkommen sind vor allem die Unternehmensgewinne geradezu in die Höhe geschneit. „Die Gewinne der an der Wiener Börse gelisteten heimischen Unternehmen haben sich laut einer aktuellen Studie zwischen 2001 und 2005

vervierfacht, die ausgeschütteten Dividenden mehr als verdoppelt.“ (news.ORF.at 2.6.08) Zu den großen Gewinnern zählen die Banken und die Energieunternehmen, im Besonderen die OMV.

Der Slogan „, Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut!“ ist für den Großteil der österreichischen Bevölkerung angesichts dieser Tatsachen ein Schlag ins Gesicht und schlichtweg eine Lüge. Doch dieser Zynismus entspricht dem Charakter neoliberaler, sprich kapitalistische Wirtschaftspolitik.

Auf europäischer Ebene wird diese neoliberale Politik der Umverteilung zugunsten von Kapital und Vermögen von der EU umgesetzt. Das ist unter anderem mit ein Grund für uns, den EU-

Vertrag abzulehnen. Durch den Zwang, die Konvergenzkriterien (EU-Kriterien) zu erfüllen, haben unsere Politiker willfährig den Sozialstaat schmerzhaft beschnitten. Die kalten Regeln des Freihandels berauben immer mehr Menschen ihrer Lebensgrundlage. Die verstärkte Militarisierung der EU führt uns zunehmend in kriegerische Auseinandersetzungen.

Es lässt sich einfach nicht leugnen: Die EU war von Anbeginn an – schon mit den Römischen Gründungsverträgen (1957) – als Instrument zur Gewinnmaximierung gedacht. So wie es jetzt aussieht, wird sie diesen Charakter beibehalten, es sei denn, die europäische Bevölkerung nimmt ihre Politiker in die Pflicht.

30 Jahre „Nein zu Zwentendorf“ Bericht von den beiden Vorbereitungstreffen:

Wie bereits in unserer letzten Aussendung angekündigt, planen wir für den 5. 11. 2008 zu 30 Jahre Nein zu Zwentendorf sowohl in Wien als auch in den Bundesländern Aktionen und Veranstaltungen. Wir haben dazu Gruppen aus ganz Österreich kontaktiert. Bei inzwischen zwei Vorbereitungstreffen im April und Mitte Juni haben unter anderem folgende Gruppen mitgewirkt bzw. haben ihre Mitarbeit und Teilnahme im Herbst zugesagt:

Mütter gegen Atomgefahr (OÖ); ARGE ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie (vormals ARGE Nein zu Zwentendorf); atomstopp_oberoesterreich (OÖ), atomstopp_atomkraftfrei leben!; Zentrum für aktive Gewaltlosigkeit; Bürgerinitiativen gegen Atommüll aus Nieder-, und Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Steiermark, weitere Atomgegnergruppen aus Salzburg, Vorarlberg, Wien und Niederösterreich sowie katholische Organisationen.

Bei den Treffen war man sich einig, dass die Aktionen rund um den 5. November keine Gedenkveranstaltungen sein sollen, sondern ein Zeichen und die Antwort auf die neuen Angriffe der Atomlobby im Namen von Umwelt- und Klimaschutz und vor dem Hintergrund der Teuerungswellen und den zunehmenden kriegerischen

Auseinandersetzungen auf der Welt um Energie und Rohstoffe.

Beim Treffen im Juni wurden erste Vorschläge über Inhalte und Auftreten sowie die Einbeziehung weiterer Gruppen diskutiert. In der Folge sollen auch Künstler und Prominente angesprochen werden, einen Beitrag bei den Aktionen/Kundgebungen usw. zu leisten. Bis zum nächsten Treffen werden plakative Aussagen und Slogans erarbeitet und weitere Gruppen, etwa kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen und Gruppierungen, angesprochen.

Vielleicht fallen auch Euch/Ihnen noch Personen oder Gruppen ein, die diese Aktion unterstützen.

Bitte merken Sie den nächsten Termin zur Vorbereitung von „30 Jahre Zwentendorf“ vor:

Nächstes Treffen

Di. 9. September 2008, 1070 Wien, Stiftgasse 8, Amerlinghaus, 19.00 Uhr

Um Rück- bzw. Anmeldung ersuchen wir per Post, Telefon oder E-Mail:

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg,

Stiftgasse 8, 1070 Wien, **Tel.:** 0650 830 7 830,

E-Mail: ggae@gmx.at

EU-Vertrag

Wir „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ klären schon seit Jahren über die Gefahren der EU, der Mitgliedschaft Österreichs in der EU und über die Vorhaben „EU-Verfassung“ und nun EU-„Reform“-vertrag auf (Sei es durch unsere Aussendungen, Veranstaltungen, Kundgebungen Demonstrationen, ...) Auch im letzten März, April und Mai sind wir bei den diversen Aktionen aktiv gewesen. Nachfolgende Rede wurde von einem unserer Vertreter bei einer Kundgebung Anfang April gehalten:

"Ich möchte ein paar Worte sagen als Gewerkschafter und Kriegsgegner, Atomkraftgegner. Erstens, was wir alle wissen: Atomenergie, die so genannte friedliche Nutzung und die militärische sind siamesische Zwillinge. Es gibt keine Trennung zwischen friedlicher und kriegerischer Nutzung. Was bedeutet das im Zusammenhang mit der EU? Die EU und der EU-Vertrag soll das festschreiben, will die Atomenergie noch weiter fördern.

Österreich hat vor knapp 30 Jahren, im November 1978, abgelehnt. Jetzt soll es nach wie vor mit Euratom und den EU-Vertrag noch schwieriger werden, soll unser Atom-NEIN über die Hintertüre kaputt gemacht werden. Deshalb sagen wir auf jeden Fall: Raus aus Euratom. NEIN zum EU-Vertrag.

Ich bin aber auch hier als Gewerkschafter. Noch 2004, vor der so genannten EU-Verfassung, die zu 95% - wie auch Außenministerin Plassnik selber sagt - dem jetzigen EU-Vertrag entspricht, war der ÖGB noch für eine Volksabstimmung. Er hat das nicht sehr laut vertreten, aber er war dafür. Warum ist er heute nicht dafür? Vor wem zieht er den Schwanz ein? So wie uns in trauter Sozialpartnerschaft das Atomkraftwerk Zwentendorf aufgezwungen werden sollte, will man uns jetzt den EU-Vertrag aufzwingen. Ohne Volksabstimmung. Wir wollen aber eine Volksabstimmung.

Es kommen auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auch durch den EU-Vertrag schwere Zeiten zu. Erst vor ein paar Tagen hat der europäische Gerichtshof zwei Urteile gefällt. Das eine, das das

nationale Streikrecht eindämmt und das zweite, wo die Gefahr besteht, dass die Kollektivverträge unterwandert werden.

Der EU-Vertrag nützt nicht der breiten Masse der Bevölkerung, er nützt einigen wenigen großen Konzernen und er nützt den Militärs, denn die wollen den EU-Vertrag wegen einer Beistandsverpflichtung Österreichs zur Aufrüstung. Wir müssen zahlen und Soldaten schicken. Wie schon jetzt in den Kosovo, Afghanistan, Tschad. Wo wollen die noch hin? Wir wollen keinen Krieg und wir wollen keine Kriegsbeteiligung.

Und man will uns mit dem EU-Vertrag die schon seit 15 - 20 Jahren in Salami-Taktik abgeschnittene Neutralität völlig rauben. Dazu sagen wir NEIN. Warum brauchen wir die Neutralität heute mehr denn je? Das ist nichts ewig gestriges. Die Neutralität ist heute wichtiger denn je, denn in der Welt gibt es heiße Konflikte und da wollen wir nicht mitmachen. Die EU will in Konkurrenz zu Asien und Amerika aufrüsten. Das bedeutet letztendlich Krieg. Und in solche Kriege wollen wir nicht hineingezogen werden. Der Grund, warum wir neutral geworden sind nach dem Krieg war ja, NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER FASCHISMUS, nicht hineingezogen werden in Kriegsinteressen.

Und lassen sie mich noch etwas sagen zum Schluss: ... Man versucht, über unsere Köpfe hinweg unsere Neutralität auszuschalten. Und eines ist noch wichtig. Man kann zwar jetzt mit der Ratifizierung des EU-Vertrages im Parlament über die Bevölkerung drüberfahren, weil man dort die Mehrheit der Abgeordneten hat - doch die Mehrheit der Bevölkerung hat man nicht. Deshalb können wir, ja müssen wir - und macht es auch Sinn - weiter kämpfen, wenn wir über lange Sicht erfolgreich sein wollen. Jetzt können wir eine Niederlage einstecken, aber auf lange Sicht werden die Österreicherinnen und Österreicher die Neutralität nicht freiwillig hergeben.

Um dabei erfolgreich zu sein, ist es dazu aber auch notwendig, dass wir uns von keiner Partei, egal welcher Farbe, ob ROT, ob BLAU, ob GRÜN, ob ORANGE, ob SCHWARZ - ich hoffe, ich habe keine

vergessen – vereinnahmen lassen. Wenn Sie in der Opposition sind, dann reden sie uns zum Mund. Kaum sind sie in der Regierung, verraten Sie uns von oben bis unten, egal welche Partei. Das heißt für die Zukunft: Nur selbständig aktiv können wir uns wehren und wir brauchen einen langen Atem,

*denn man kann wählen, aber nichts entscheiden. Nur selber aktiv werden. Und ein letzter Spruch, wie ihn die Anti-AKW-Bewegung hatte bei der Volksabstimmung 1978, der gilt heute genauso, vielleicht noch mehr: **Wo Unrecht zu Recht wird, da wird Widerstand zur Pflicht!***“

NEIN zur europäischen Aufrüstung NEIN zum KRIEG

2005 wurde durch das NEIN der befragten Holländer und Franzosen zur EU-Verfassung und die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht gefragt wurden, in den anderen Ländern der EU, die EU-Verfassung zu Fall gebracht. Doch der Wille der Menschen in der EU wurde von den Oberen weiterhin nicht respektiert. Nun wurde, als 2. Aufguss, im Oktober 2007 der EU-Vertrag beschlossen. Der Inhalt ist zu 95 % identisch mit der EU-Verfassung. Es wurde kein Volk in Europa mehr dazu befragt; abgesehen von Irland. Die Regierungen in der EU haben diesen Vertrag ratifiziert.

Und als jetzt am 12. Juni in Irland die Bevölkerung bei der Abstimmung den Vertrag mehrheitlich ablehnte, da erklärten die Regierungschefs der mächtigsten EU-Länder, der französische Präsident N. Sarkozy und Deutschlands Kanzlerin A. Merkel unter Missachtung der Demokratie prompt, dass die Ratifizierungsverfahren der Mitgliedsstaaten fortgesetzt werden sollen und dass ein Weg gefunden muss, den Vertrag in Kraft zu setzen. Der EU-Kommissionspräsident J.M. Barroso sagte, „der EU-Vertrag ist am Leben.“

Zum Unterschied von Irland hat die österreichische Regierung, wie die meisten Regierungen in Europa, die Bevölkerung ebenfalls gar nicht erst gefragt und den Vertrag Anfang Juni 2008 ratifiziert, obwohl 80% der Österreicher schon 2005 gegen die EU-Verfassung und für die Beibehaltung der Neutralität waren.

Der wichtigste Inhalt des Vertrages ist die Militarisierung der EU. Der Vertrag ermöglicht Militärinterventionen überall auf der Welt und macht die EU-Außen- u. Sicherheitspolitik (=Angriffspolitik) zur Sache eines Exekutivrates. Die geschaffenen Gremien,

u.a. der Rat, entziehen die gesamte Außen- u. Sicherheitspolitik der „rechtsstaatlichen“ Kontrolle und es wird die EU-Außenpolitik über einen sogenannten europäischen „Außenminister“ zunehmend zu einer Militärpolitik. Der Verfassungsvertrag entzieht sowohl den Mitgliedsstaaten sämtliche Entscheidungen bezüglich Krieg und Frieden als auch dem europäischen Parlament, das nur angehört werden kann. Entscheidungen trifft nur der Rat.

Unter der Führung von Deutschland und Frankreich geben sich die EU-Staaten eine neue offensive Armee, die den EU – Großmächten Angriffskriege ermöglicht und ihnen auch militärisch Zugang zu Absatzmärkten, Rohstoffquellen und geopolitischen Einfluss geben soll.

Die EU-Großmächte rüsten in den letzten Jahren in Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA ebenfalls massiv auf.

Die größten europäischen Rüstungskonzerne steigern auch dadurch ihre Umsätze von Jahr zu Jahr. Ihre Geschäfte blühen: BAE Systems (Großbritannien mit 23 Milliarden Umsatz 2006) ist schon der viertgrößte Rüstungskonzern der Welt, Finmeccanica (Italien mit knapp 10 Milliarden) der 7. größte und EADS (deutsch /französisch/italienisch mit 9,5 Milliarden Umsatz), der 8. größte Rüstungskonzern der Welt. Die deutschen Militärausgaben steigen z.B. seit 2006 kontinuierlich bis auf knapp 30 Milliarden Euro 2008. Im Übrigen ist Deutschland mittlerweile schon der drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern in der Welt.

Am 14. Mai 2007 einigten sich die EU - Verteidigungsminister auf eine Strategie zur weiteren Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie.

Auch Österreich unterzeichnete das Programm für „militärische Sicherheits = forschung.“ Auch die Kosten für das Satellitennavigationssystem „Gallileo“, 4 Milliarden Euro, die ursprünglich private Investoren aufbringen sollten, werden nun von den EU – Staaten, d.h. von uns direkt getragen.

Die neue offensive Euroarmee soll die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen der europäischen Großmächte gegen die USA vertreten. Im Nahen Osten, Zentralasien und Afrika sollen dafür nun auch Österreicher kämpfen und sterben gehen. Das aktuellste Beispiel: Österreichs Soldaten wurden in Kriegsgebiete in den Tschad geschickt!

Die neuen EU-Schlachttruppen, genannt battle troupes, sind kampffähige Einheiten als Teil einer neuen EU-Interventionsarmee! Diese soll im Endausbau insgesamt 60 000 Mann umfassen! Sie soll zu Kriegseinsätzen im Umkreis von 4000 km rund um die EU in der Lage sein.

Zu Österreichs Beitrag zu diesen geplanten Kriegen gehören auch die letztes Jahr angekauften Eurofighter. Das sind Kampfbomber für offensive globale EU-Militäreinsätze. Das bestätigt auch der Kommandant der Streitkräfte des österr. Bundesheeres Günter Höfler: Die Eurofighter dienen dazu, für „Kampfeinsätze im Europäischen Verbund“, mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. Dies ist ein klarer Bruch des Staatsvertrages Österreichs und damit wäre die Neutralität ausgelöscht. 80 % der Österreicher sind jedoch nach wie vor für die Beibehaltung der Neutralität! Deswegen geben sich sowohl Darabos und Gusenbauer und ein Teil der ÖVP Spitze nach wie vor als Verteidiger der Neutralität aus, obwohl sie an deren völligen Abschaffung arbeiten! Sie geben unsere Steuermilliarden für die Aufrüstung für die nächsten Kriege aus und wollen uns das Sparen vorschreiben!

Die USA braucht Konflikte, kriegerische Auseinandersetzungen, sie braucht Rüstung und den Krieg, um ihre wirtschaftliche Schwäche wettzumachen, um sich im Konkurrenzkampf noch zu behaupten, um ihren Konzernen weiter und steigend ungeheuerere Profite zu ermöglichen, auch auf Kosten von Millionen Toten.

Unter dem Titel „Das große Geld mit dem Krieg“ schrieb „die Presse“ (6.8. 2007), dass die USA im Jahr 2006 ihr bisher höchstes Militärbudget von 529 Milliarden Dollar

hatte. Rechnet man dazu was andere US-Ressorts für „Sicherheit und Verteidigung“ ausgeben, z.B. das Heimatschutzministerium oder das Energieministerium, kommt man auf 987 Milliarden Dollar, berichtet „die Presse“ weiter. Und das alles ist noch ohne die Kosten für den Irak- und Afghanistan Krieg! Inklusiv dieser Kosten sind es geschätzt 1500. Milliarden Dollar pro Jahr. Das hält die amerikanische Wirtschaft am Laufen und die Profite der US-Rüstungskonzerne steigen rasant an! 63% der weltweit 2005 getätigten Militärverkäufe machten die US-Rüstungskonzerne, das waren ca. 210 Milliarden Dollar!

„Die Presse“ weiter: „Die Kriege und die Angst vor neuen Anschlägen sind der Motor unserer Wirtschaft! „Die Presse“ meint das wohl nicht so, aber eigentlich sind diese Zeilen folgendermaßen zu verstehen: Die USA-Wirtschaft braucht Anschläge und Kriege!

Die USA führen Krieg in Afghanistan und Irak, sie bedrohen neben dem Iran auch Syrien mit Krieg. Sie rüsten gegen Russland und China auf und errichten überall auf der Welt Stützpunkte, mittlerweile schon ca.1000, und haben schon über 250 000 Mann Soldaten im Ausland stationiert, ohne dabei die Truppen im Irak und in Afghanistan dazu zu rechnen. Die USA bedrohen, als Teil ihrer Weltherrschaftspläne die ganze Welt mit Kriegen!

Als Vorwand für die Legitimierung ihres aggressiven Expansions- bzw. Kriegskurs brauchen die USA einen Feind, dazu wird heute hauptsächlich der „Islam“ hochstilisiert, abgesehen davon, dass die mörderische US-Politik, dieser Staatsterrorismus, Gegner dieser Politik heranzüchtet.

Israel spielt in der Frage eine Vorreiterrolle in der Kriegstreiberei gegen Islamische Staaten, nun vorrangig gegen den Iran. Unter dem Vorwand, der Iran würde Israel vernichten wollen und bald auch dazu in der Lage sein, sagte vor kurzem der israelische Vizepremier und Verteidigungsminister Shaul Mofaz, dass die Bombardierung des Irans unvermeidlich sei!

Verschwiegen wird, dass die USA in fast allen Staaten rund um den Iran Stützpunkte

haben bzw. Stützpunkte benutzen können, von wo aus Atomraketen auf den Iran gerichtet sind, und zwar in Saudi Arabien, dem Irak, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei und Oman und schon vor zwei Jahren glaubwürdig versichert haben, dass sie den Iran jederzeit in die Steinzeit zurückbomben können.

Insgesamt 2000 der US-Atomsprengeköpfe können sofort, d.h. in 15 Minuten abgefeuert werden.

Der Iran, der laut ständiger Kontrolle der IAEA gar keine Atomsprengeköpfe besitzt, wäre selbstmörderisch, sich mit den USA anzulegen.

Doch diesmal soll Israel diesen „Job“ übernehmen, dass ca. 200 Atomraketen besitzt.

Israel, das ohne die jährlichen US- Milliarden Dollar direkte Zuwendungen und Militärhilfe durch die USA sich seine Besatzungspolitik der besetzten Palästinensergebiete keinen Tag leisten könnte, soll somit wieder einmal seine Kettenhundfunktion für die Supermacht USA übernehmen.

Es geht also nicht um irgendeine Bedrohung durch den Iran.

Die USA haben schon seit 2002 Pläne, dem Iran zu überfallen. Vor dem Irak- Krieg hieß es seitens des US-Verteidigungsministeriums, der Krieg gegen den Iran wäre wichtiger als gegen Sadam Hussein. Es geht darum ein Regime, das sich nicht den US-Interessen unterordnet, auszutauschen, wegzubomben. Es geht um das iranische Erdöl und Erdgas und den Einfluss in diesem Raum.

Wegen der Profite der großen Konzerne werden wir in immer weitere, immer gefährliche Kriege hineingezogen! Die EU macht sich zum Handlanger für die nächsten US-Kriege

und will selbst auch militärisch mitmischen und wir die Menschen in Europa sollen wieder einmal als Kanonenfutter dienen.

Dagegen braucht es, sowie in Lateinamerika, auch in Europa eine starke Antikriegs = bewegung. 95% der Menschheit sind gegen diese Kriege.

Schließen wir uns zusammen. Treten wir gegen alle Kriegstreiber, auch gegen die bei uns im Lande, auf!

Gesundheitsreform

Sozialversicherung - Zerschlagung geplant

**Wer reich ist, kann sich Gesundheit weiter leisten, wer arm ist, für den wird Gesundheit immer weniger leistbar.
Kassen-Defizit –Ursache für die „Reform“?**

Das Defizit der Krankenkassen wird als Grund für die Reform genannt. Das so genannte Defizit über die Jahre kam und kommt dadurch zustande, weil die Kassen seit Jahren ausgehungert werden, während z.B. die Pharmaindustrie weiterhin steigende Gewinne schreibt. So ist ja auch der Anstieg der Medikamentenausgaben von 1,97 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf knapp 2,82 Milliarden Euro im Jahr 2007 neben den Spitalskosten der größte Brocken für die Verteuerung. Außerdem: Die Unternehmen schulden den Krankenkassen 1 Milliarde Euro! Es gäbe also kein Kassendefizit, das Ende 2007 ca. 400 Millionen Euro ausmachte. Doch darüber wird gar nicht geredet - die Profite sind tabu! Die Beiträge zur Sozialversicherung erfolgen weiterhin auf Basis der Beschäftigten, die

immer weniger werden, jedenfalls immer weniger verdienen, so dass die Beiträge sinken. Gleichzeitig steigen die Gewinne der Firmen durch die immer schlechter bezahlte Arbeit der Menschen. Daher wäre schon längst eine Wertschöpfungsbesteuerung nötig, ebenso eine Bemessung der Krankenkassenbeiträge auf Basis der Wertschöpfung! Es gäbe kein Kassendefizit! Doch die Profite der Firmen, die die arbeitenden Menschen erwirtschaften, sind tabu!

Mehr Macht für die Unternehmer zum Schaden der Versicherten

Kaum geredet wird auch davon, dass der Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HV), in dem schon durch die Schwarz-Blaue Regierung von 2000 - 2006 die Wirtschaftsseite verstärkt Einzug fand, nunmehr zu einer Holding werden soll, in deren Kontrollgremien nicht mehr die ArbeitnehmerInnen, die ja die Beiträge erwirtschaften und zahlen, bestimmen,

sondern in Zukunft "Parität" zwischen den Unternehmer- und den Arbeiter- und AngestelltenvertreterInnen geben soll. Doch das ist eine Augenauswischerei sondergleichen: So stehen über 3 Millionen ArbeitnehmerInnen gerade mal rund 300.000 Unternehmer gegenüber. Das wahre Verhältnis ist 90 zu 10 für die Arbeitnehmer/Innen! Doch jetzt sollen die Unternehmer 50 % Einfluss bekommen und können alles, was wichtig für die arbeitenden Menschen ist, die ja auf soziale Leistungen angewiesen sind, blockieren oder einen "Kompromiss" erzwingen.

Warum das Ganze?

Bei der Sozialversicherung geht es in Summe um ein Volumen von rund 40 Milliarden Euro (550 Milliarden Schilling) jährlich! Dieser Bereich ist derzeit noch dem Zugriff der privaten Versicherer und so genannten privaten Gesundheitsanbieter entzogen. Deshalb wollen die Unternehmer und ihre politische Lobby diesen Bereich für ihre Geschäftsinteressen öffnen. Nachdem das in den vergangenen Jahren durch offene Angriffe nicht gelang, soll nun sozusagen die Burg von innen genommen werden. Wie? Indem der Hauptverband (HV) zu einer Holding und die Unternehmervvertreter darin massivst aufgewertet werden und durch die Fifty-Fifty-Regelung mehr denn je ihre

Interessen durchdrücken werden. Der HV hat ein Durchgriffsrecht auf die einzelnen Kassen und überdies ist geplant, so genannte "eigene Einrichtungen", also Kassen-Ambulatorien, IT-Bereiche bis hin zu Spitälern oder Teile von Spitälern auszugliedern oder zu schließen. Die bestehende Sozialversicherung – die sicherlich im Interesse der Versicherten und zur Abschaffung von Doppelgleisigkeiten – verbesserbar ist, die so genannte Pflichtversicherung ist wesentlich billiger als die privaten Versicherer (Versicherungspflicht). Haben die Sozialversicherungen Verwaltungskosten von 2 bis 3% so sind es bei den Privaten (siehe Schweiz) jedenfalls zwischen 10 und 25 %, manchmal sogar mehr, weil ja mehrere Anbieter am Markt mehr Direktorenposten, mehr Werbung für den Verdrängungskampf bedeuten.

Aktiv gegen die "Gesundheitsreform"

UNTERSCHRIFTENLISTEN gegen die Zerstörung der sozialen Krankenversicherung finden sich zum Herunterladen auf der **Homepage** der Plattform proSV: <http://proSV.akis.at> oder können bei uns bestellt werden (Adresse siehe Impressum).

LESERBRIEF

Die Iren oder die Irren?

Die Iren haben trotz Trommelfeuer für den EU-Vertrag, dagegen abgestimmt. Die Iren sind wohl die einzigen in der EU, die noch die Volksabstimmung zugelassen haben. Bei uns redet man von einer „repräsentativen Demokratie“, wenn die Regierung Dinge beschließt, von denen sie genau weiß, dass das Volk sie niemals annehmen würde.

Als typisches Beispiel: Mit der Zulassung der Agrargentechnik in der EU wird über die Ernährung der nächsten 100 Jahre entschieden. Ein Zurück gibt es dann nicht mehr. Wie darf eine EU die Gentechnik zulassen, wenn sie dem Verbraucher nur Schaden macht? Für weniger Ernte, Totalvergiftung der Umwelt und der

Lebensmittel sollen wir auch noch eine saftige Patentabgabe zahlen. Mit Hilfe der Gentechnik soll, unter Androhung hoher Strafzölle, die Nahrung von Europa enteignet werden und Europa für immer in die Leibeigenschaft der USA kommen. Die Wahlfreiheit, gentechnikfreie Lebensmittel zu kaufen, verlieren wir somit für immer. Die EU dürfte niemals die Gentechnik zulassen, wenn sie nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren will. Die Gentechnik verstößt nämlich extrem gegen das Allgemeinwohl. Die Verbraucher werden extrem darunter leiden. Mehr zahlen fürs Essen und ihrer Gesundheit schaden... Unser Essen wird mit der Gentechnik, mit mehreren Giften angereichert. Roundup- Gift, BT-Gift und Antibiotikum etc. Diese gelangen dann in

unser Essen und sind nun wirklich nicht gesundheitsfördernd.

Den Iren kann man nur danken. Sie zeigen der EU den richtigen Weg ...“

V.H.

Trotz AKW-Unfällen:

Konzertierter Angriff der Atomlobby

Es erinnert etliches an schon da gewesenes. In den Medien wollen von der Wirtschaft bezahlte Schreiberlingen, wie Andreas Schwarz im Kurier (29. 2. 08) „das Tabu von der Atomkraft“ beseitigen, weil es das „ewige Gestern in der Politik“ darstelle. Unlängst sagte der EVN-Chef Burkhardt Hofer, dass die „Gefahr einer Stromknappheit droht“ (Presse, 9. 5. 08). Gleichzeitig trommelt die Atomlobby, dass AKW ein billiger und zielführender Ausweg aus bestehenden Klima-, Umwelt- und Energieproblemen seien. Ungeachtet der zum Teil schweren AKW-Unfälle – nur im letzten Jahr in Europa, z.B. in Schweden, Deutschland, Spanien oder zuletzt in Kroatien, oder auch in Japan und den USA – sollen in Finnland, der Schweiz, in Italien, in unseren östlichen Nachbarländern und in den USA die nach den Protesten der 1970er Jahre und nach den schweren AKW-Unfällen von Harrisburg 1979 (USA) und Tschernobyl 1986 (Ukraine) gestoppten AKW-Ausbauprogramme wieder in Angriff genommen werden. Parallel dazu wird von der EU schon seit Jahren versucht, die für AKW geltenden so genannten Sicherheitsnormen – die Unfälle zeigen, dass

es so etwas in Wirklichkeit nicht gibt – noch weiter herabgesetzt und noch unverbindlicher formuliert werden als sie schon sind, damit eben der AKW-Ausbau mit noch weniger Sicherheitsauflagen und damit für die Atomwirtschaft noch profitabler errichtet werden können. Mit dem vergangenen Jahr geschaffenen „Europäischen Nuklearforum“ und der „Hochrangigen Gruppe“ der EU soll dies erreicht und der Bevölkerung vorgegaukelt werden, dass AKW in Zukunft „sicherer“ werden würden.

Wie gefährlich aber die Atomindustrie ist, zeigen die bereits angesprochenen AKW-Unfälle der jüngsten Zeit, zuletzt der im slowenisch-kroatischen AKW Krsko. Dabei wurde die Hauptkühlung leck, die IAEA gab sogar Alarm auf höchster Stufe, weil ja bekanntlich so etwas bis zur Kernschmelze führen kann. Dann wurde aber alles wieder verharmlost, es sei nichts passiert. Zuletzt wurden laut offiziellen Informationen bei den Reparaturarbeiten nur 6 Arbeiter verstrahlt! Ein unsicheres Ost-AKW? - Gebaut wurde dieser Reaktor von der US-Atomfirma Westinghouse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken herzlich für die Zuschriften, Spenden. Im Sinne unserer gemeinsamen Sache sind wir verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Mit kollegialen Grüßen

"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. **Kontaktadresse:** Stiftgasse 8, 1070 Wien. **E-mail:** ggae@gmx.at